



direkt 21

ANALYSEN, BERICHTE, GRAFIKEN ZU DEN THEMEN ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Inhalt

UMFRAGE

Energie sparen und Kosten senken

Seite 2

INTERVIEW

Arbeitsplätze jetzt sichern

Seite 2

KONJUNKTUR

IG Metall-Programm gegen die Krise

Seite 3

STICHWORT

Was ist eigentlich Kurzarbeitergeld?

Seite 4

FRÜHERKENNUNG

Die richtigen Fragen stellen in der Krise

Seite 5

LEIHARBEIT

Erstmals Kurzarbeit vereinbart

Seite 6

GUT GEMACHT!

Unterstützung über Grenzen hinweg

Seite 6

ARBEIT UND RECHT

Betriebsvereinbarung kann nachwirken

Seite 7

INFOS, TIPPS, LESERBRIEFE

Buch zum Streikrecht

Seite 8

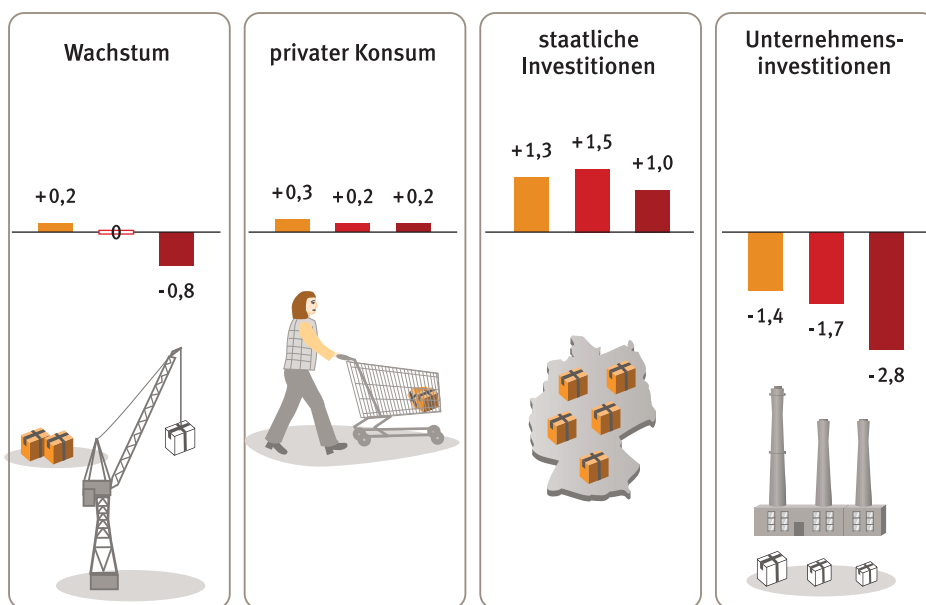
Wirtschaftskrise

Jetzt schnell handeln

Mit einem Mix aus politischen Maßnahmen und betrieblichen Strategien will die IG Metall Entlassungen verhindern, die Konjunktur stützen und die Unternehmen zukunftsfähig machen oder erhalten. Für Betriebsräte und Vertrauensleute gibt es einen ganzen »Werkzeugkoffer« dazu. | **Mehr dazu auf den Seiten 2 bis 6 »**

Schlechte Aussichten für 2009

Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2009 (Veränderung gegenüber 2008 in Prozent):



Prognosen von: ■ Bundesregierung ■ EU-Kommission ■ OECD

Quelle: IG Metall, FB Wirtschaft

© direkt | 21 | 2008

Extranet

❖ **Brancheninfo:** Maschinenbau bleibt zuversichtlich

❖ **Selbstverwalter:** Aufgaben für Aktive

❖ **Euro-Betriebsrat:** Hilfen und Tipps für den Notfall

Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst: www.extranet.igmetall.de

Lässt sich mit effizienter Produktion Geld sparen?

Effizienter Einsatz von Rohstoffen und Energie schont die Umwelt und reduziert die Kosten für Betriebe. Wenn die Wirtschaft lahm, sind diese Einsparungen besonders interessant.

Norbert Schulze, Betriebsratsvorsitzender, Lemken, Alpen:

»Energieeffizienz ist in unserer Produktion sowie bei den von uns gebauten Maschinen ein Thema. Wir haben eine geothermische Tauch- und Lackieranlage installiert. Sie



Foto: Privat

ermöglicht uns, Wärme zurückzugewinnen. So sparen wir jährlich rund 410 000 Euro für Strom und Gas. Auch bei der Konstruktion der Maschinen geht es um Effektivität. Mit CPS-gesteuerten Fahrzeugen und Geräten konnten wir die Feldüberfahrten reduzieren.«

Mustafa Kalay, Betriebsrat, Bosch, Stuttgart

»An unserem Standort findet über das betriebliche Vorschlagswesen eine Aktion statt, wo die Belegschaft ihre



Foto: Privat

Ideen zur Energieeffizienz einbringen kann. Beispiel: Anlagen bei Leerlaufzeiten abschalten. Gleiches gilt in der Verwaltung: Bei Feierabend sollten PC, Monitor und Drucker ausgeschaltet werden. Das spart bei über 5000 Bildschirmarbeitsplätzen Strom, senkt die Kosten und schont das Klima.«

Ingo Schmidtke, GBR-Vorsitzender Novelis Deutschland, Lüdenscheld:

»Bei uns am Standort nutzen wir bei der Abgasreinigung die Regenerative Thermische Oxidation (RTO).



Foto: Privat

Dabei wird die Wärmeenergie der Abluft gespeichert und zur Vorwärmung lösemittelhaltiger Abgase genutzt. Ein voller Erfolg: Die Einsparung von Erdgas ist so groß, dass wir die Investitionen für die RTO-Anlage in nur 18 Monaten wieder reingeholt haben.«

Mehr zum Thema Ressourceneffizienz

Wolfgang Rhode: »Faktor X – Eine dritte industrielle Revolution.« Vortrag auf der Innovationskonferenz des BMU

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen → Wirtschaft → Ressourceneffizienz

Netzwerk Ressourceneffizienz des Bundesumweltministeriums (BMU):

► www.bmu.de

→ Ökologische Industriepolitik → Wirtschaft und Umwelt

Handeln, bevor Menschen Opfer der Krise werden

Die IG Metall will alle Möglichkeiten, die sie hat, nutzen, um Betrieben in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen – und Entlassungen zu verhindern. **direkt** sprach darüber mit Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

?direkt: Der Appell der IG Metall zu handeln, um die Krise schnell zu überwinden, richtet sich nicht nur an Politiker.

Detlef Wetzel: »Nein. Wir werden auch selbst alles tun, was möglich ist, um die Arbeitsplätze zu sichern. Das heißt, wir setzen unseren Instrumentenkasten an betrieblichen und tariflichen Möglichkeiten offensiv ein, also Kurzarbeit, Arbeitszeitkonten, Tarifverträge für Beschäftigungssicherung und »Pforzheim«. Und appellieren an die Arbeitgeber: 2009 keine Entlassungen.«

?direkt: Und wenn sie sagen: Das reicht nicht?

Wetzel: »Wir sind dabei, eine Task Force »Krisenintervention« mit den Bezirken einzurichten. Die Task Force besteht aus externen Experten, deren Hilfe Betriebsräte bei existenziellen Krisen in Unternehmen schnell anfordern können, um mit ihnen erste Analysen und Maßnahmen erarbeiten zu können. Die IG Metall will mit den Betriebsräten, Vertrauensleuten und Mitgliedern Gegenstrategien entwickeln – immer

mit dem Ziel: Niemand wird entlassen. Wir wehren uns dagegen, dass Arbeitgeber die Krise missbrauchen, um Verzicht auf Entgelt durchzusetzen. Wo sie das versuchen, mobilisieren wir dagegen. Die Beschäftigten dürfen nicht ausbaden, was Zockerbanken der Wirtschaft eingebrockt haben. Gesunde Unternehmen stehen vor der Insolvenz, weil sie keine Kredite bekommen. Hier sind die Banken in der Pflicht.«

?direkt: Die Leiharbeiternehmer sind jetzt die Ersten, die unter der Krise zu leiden haben.

Wetzel: »Ja, das ist ein Skandal. Gestern waren sie das »Jobwunder«, heute sind sie arbeitslos. Die Politik darf die Bildung einer »industriellen Reservearmee« nicht länger unterstützen. Es muss verboten werden, Arbeitsverträge von Leiharbeitnehmern an ihren Einsatz in einem Entleihbetrieb zu koppeln, sodass sie gleich entlassen werden können, wenn es dort Beschäftigungsprobleme gibt. Außerdem fordern wir die Verleihfirmen auf, selbst Kurzarbeit zu nutzen statt zu kündigen.«

Impressum

direkt Der Infodienst der IG Metall

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.)

Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus **Bildredaktion:** Michael Schinke

Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069-66 93-22 24,

Fax: 069-66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de

Druck: apm AG, Darmstadt, Anzeigen: Patricia Schledz, Tel.: 06151-8127-0, Fax: 06151-80 93 98, schledz@zweiplus.de

direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt

Telefon der Redaktion: 069-6693-2633, **Fax:** 069-6693-2000

E-Mail: direkt@igmetall.de

Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

IG Metall ergreift Initiative für sichere Arbeitsplätze

2009 darf es keine Entlassungen geben. Das ist das Ziel der IG Metall. Am 11. Dezember hat der Vorstand ein »Sieben-Punkte-Programm« vorgestellt. Es benennt betriebliche Lösungen und politische Vorschläge.

Mit einem Mix aus verschiedenen Maßnahmen lassen sich aus Sicht der IG Metall Arbeitsplätze sichern.

■ **Entlassungen vermeiden:** Kriselnde Betriebe sollen Kurzarbeit beantragen und die freie Zeit für Qualifizierung nutzen (siehe Seite 4). Arbeitgebern in kleinen und mittleren Betrieben soll die Arbeitsagentur 2009 die Sozialversicherungsbeiträge für Kurzarbeiter erstatten, wenn sie sie weiterbilden. Ausbildungsplätze sollen erhalten bleiben, Ausgelernte übernommen werden, auch um die Zukunftschancen der Betriebe zu erhalten. Die Bundesagentur für Arbeit soll keiner Entlassung zustimmen, bevor nicht alle Alternativen genutzt wurden. Ein »Bildungspolitisches Sofortprogramm« soll Ausbildungsabschlüsse, Umschulungen und überbetrieblich anerkannte Fortbildungen fördern.

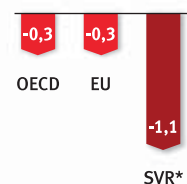
■ **Leiharbeiternehmer:** Mehr dazu auf Seite 2.

■ **Kredite:** Die IG Metall fordert von den Banken, Firmen ausreichend mit Krediten zu versorgen. Aufträge dürften nicht daran scheitern, dass sie nicht vorfinanziert werden können. Kein gesunder Betrieb dürfe wegen Liquiditätsengpässen pleitegehen.

■ **Umweltprämie für Pkw:** Jeder, der einen mehr als zehn Jahre alten privaten Pkw verschrottet und das nachweisen

Metall-Prognose

Für 2009 geschätzte wirtschaftliche Entwicklung in der Metallindustrie, in Prozent.



*Sachverständigenrat
Quelle: IG Metall
© direkt | 21 | 2008

Das Programm

➤ Weitere Infos:

Das ganze »Sieben-Punkte-Programm« und (weitere) Informationen zum Thema Finanzkrise und betriebliche Handlungsmöglichkeiten sind zu finden unter:

- www.extranet.igmetall.de
- ➔ Themen
- ➔ Wirtschaft
- ➔ Konjunktur

kann, soll dieses Jahr 3000 Euro vom Staat erhalten. Die IG Metall geht davon aus, dass die Prämie für rund eine Million Pkw genutzt würde. Den Staat würde das netto rund eine Milliarde Euro kosten. Wird ein neues Fahrzeug gekauft, soll der Hersteller noch 1500 Euro drauflegen. Die IG Metall rechnet damit, dass rund 750 000 neue Autos gekauft würden.

■ **Konsumschecks:** Eine weitere Maßnahme, um die Konjunktur kurzfristig zu stabilisieren: Jeder mit einem Einkommen bis höchstens 3675 Euro erhält einen Scheck von 250 Euro, der in den ersten sechs Monaten eingelöst werden muss. Kosten: rund 17 Milliarden Euro.

■ **»Zukunftsfonds«:** Um die Konjunktur langfristig zu stabilisieren, schlägt die IG Metall einen Fonds in Höhe von 100 Milliarden Euro für drei bis vier Jahre vor, um daraus öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung, Umwelt und Infrastruktur zu finanzieren. Bezahlt werden soll er durch eine über 15 Jahre laufende Anleihe auf hohe Vermögen.

■ **Mitbestimmung verbessern:** Betriebsräte und Arbeitnehmer in Aufsichtsräten sollen zustimmen müssen, wenn geplant ist, Betriebe zu verlegen oder zu schließen. Sollen Belegschaften finanzielle Opfer bringen, müssen Rückzahlungen vereinbart oder sie müssen am Unternehmen beteiligt werden. ■

➤ TEXTILE DIENSTE

Ab Februar mehr Geld

Seit 16. Dezember gibt es einen Tarifabschluss für textile Dienstleistungen: Für Februar und März erhalten die Beschäftigten 50 Euro. Ab April steigen die Entgelte im Westen um 2,5 Prozent, im April 2010 um weitere zwei Prozent. Im Osten gibt es proportional etwas mehr, um die Löhne anzugleichen. Azubis bekommen zwei Mal 20 Euro mehr. Die Laufzeit beträgt 26 Monate. Im Osten wird die Arbeitszeit in drei Stufen an die des Westens angepasst. Der Tarifvertrag über Altersteilzeit wurde verlängert. ■

Mehr zum Thema unter:

- www.extranet.igmetall.de
- ➔ Themen
- ➔ Tarifpolitik

➤ TEXTIL/BEKLEIDUNG

Tarifstart im Januar

5,5 Prozent mehr Geld ab März fordert die IG Metall für die Textil- und Bekleidungsindustrie. Das beschloss der Vorstand am 9. Dezember. Laufzeit: zwölf Monate. Außerdem: eine Vereinbarung zur Übernahme der Azubis und die Verpflichtung, über Altersteilzeit zu verhandeln. Die Tarifrunde startet am 28. Januar. ■

➤ AUSSCHREIBUNG

Regine-Hildebrandt-Preis

»Armut im Alter – unser aller Armutszeugnis«, lautet das Motto des Regine-Hildebrandt-Preises 2009 der Stiftung Solidarität. Er steht für herausragendes Engagement im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Vorschläge und Bewerbungen zum Thema Altersarmut können bis 31. Januar bei der Stiftung eingereicht werden. ■

Infos zur Teilnahme unter:

- www.stiftung-solidaritaet.de

❖ SCHWERBEHINDERTE

Keine Studiengebühren

Studierende mit mindestens 50 Prozent Schwerbehinderungsgrad sind von den Studiengebühren befreit. Als Nachweis reicht der Schwerbehindertenausweis. Das hat das Verwaltungsgericht in Karlsruhe entschieden. Das Gericht gab der Klage eines Studenten gegen die Universität Heidelberg statt. ■

Mehr Infos für Schwerbehindertenvertreter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Aktiv

→ Schwerbehindertenvertretung

❖ SIEMENS

Gerechte Strafe

Wegen Schmiergeld-Zahlungen an Amtsträger muss der Siemens-Konzern eine Milliarde Euro Geldbuße in Deutschland und den USA zahlen. Der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, hat den zwischen deutschen- und US-Behörden sowie Siemens getroffenen Vergleich begrüßt. »Die ehemalige Führungsspitze muss Verantwortung und Schuld übernehmen für die Lage, in die sie den Konzern durch Schmiergelder gebracht hat.« ■

❖ DRESDEN

Naziaufmarsch stoppen

Mit einer Gegendemonstration wollen Organisationen und Parteien den geplanten Naziaufmarsch am 14. Februar in Dresden stoppen. Auch der DGB ruft dazu auf. (Anmelden unter E-Mail: orga@geh-denken.de) Dresden erwartet auch in diesem Jahr wieder einen Aufmarsch der Rechtsextremisten. Die NPD missbraucht die Erinnerung an die Luftangriffe im Februar 1945 für ihre Zwecke. ■

► www.geh-denken.de

WAS IST EIGENTLICH ...

Kurzarbeitergeld?

Die staatliche Leistung Kurzarbeitergeld soll Betrieben bei konjunkturell bedingtem Beschäftigungseinbruch helfen, die Schwächephase ohne Entlassungen zu überbrücken. Voraussetzung: Die Probleme bestehen nur »vorübergehend« – das heißt nach den neuen Regelungen bis 18 Monate.

Will ein Arbeitgeber Kurzarbeitergeld beantragen, muss der Betriebsrat vorher zustimmen. Grundsätzlich haben Beschäftigte Anspruch, so lange beschäftigt zu werden, wie es ihr Arbeitsvertrag vorsieht, und das volle Entgelt zu erhalten. Will ein Unternehmen vom Arbeitsvertrag abweichen, bedarf es dazu einer Betriebsvereinbarung.

Bei Kurzarbeit zahlt der Arbeitgeber nur das Entgelt für die verringerte Arbeit. Die Arbeitsagentur stockt es auf 60 oder – bei Arbeitnehmern mit Kindern – 67 Prozent des vorherigen Nettoentgelts auf. Bei der Betriebsvereinbarung sollte der Betriebsrat darauf achten, dass der Arbeitgeber einen Zuschuss zum Kurzarbeitergeld gibt

Infos

❖ **Materialien**

Die IG Metall hat aktuell eine detaillierte Handlungshilfe zum Umgang mit Produktionsrückgängen erarbeitet. Sie heißt:

»Weniger Aufträge.

Weniger Produktion.

Was nun?« Darin wird auch ausführlich auf Kurzarbeit eingegangen. Sie ist zu finden unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen

→ Arbeit und Betrieb

(wenn das nicht schon tariflich geregelt ist). Für die Differenz zwischen dem gezahlten Lohn und dem Vollzeitentgelt, der dem Beschäftigten nach dem Arbeitsvertrag zustünde, zahlt der Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge allein.

Plant ein Arbeitgeber, zu kündigen oder die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu kürzen, kann der Betriebsrat selbst Kurzarbeitergeld beantragen – und über die Einigungsstelle durchsetzen.

Bevor Arbeitgeber Kurzarbeitergeld beantragen, müssen die Betriebsparteien vergeblich alles versucht haben, um den Arbeitsausfall abzuwenden oder einzuschränken. Das können sie zum Beispiel tun durch:

■ Urlaub oder

■ Zeitkonten. Ausnahmen: Gleitzeit, Konten für Rentenübergänge und Qualifizierung und Guthaben, die ein Jahr unverändert bestanden. Andere (Flexi-)Konten sind nutzbar, aber nur im Umfang von maximal zehn Prozent der Jahresarbeitszeit. ■

✂ | direkt 21 | 2008

RENTE MIT 67

DGB und Sozialverbände fordern zur Umkehr

Der aktuelle Monitoring-Bericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Sozialverbände läßt kein gutes Haar an der Rente mit 67. Dem Bericht zufolge erhöht sie »das Risiko künftiger Altersarmut deutlich«. So seien im vergangenen Jahr nur etwa 18 Prozent

❖ **Materialien**

Rente mit 67: Die Voraussetzungen stimmen nicht. Erster Monitoring-Bericht des »Netzwerks für eine gerechte Rente«.

► www.dgb.de/

→ Presse

der älteren Erwerbstätigen aus sozialversicherungspflichtiger Arbeit in Rente gegangen. DGB, der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die »Volkssolidarität« haben die Bundesregierung daher aufgefordert, die Rente mit 67 zu stoppen. ■

Die IG Metall hat die richtigen Fragen und Antworten für Betriebe in der Krise

Das Jahr 2009 wird eine massive Wirtschaftskrise bringen. Die IG Metall bietet deshalb für Betriebsräte und Vertrauensleute eine kompakte Handlungshilfe an.

Die Finanzkrise betrifft immer mehr Firmen. Wichtig ist es jetzt, betriebliche, tarifpolitische und arbeitsmarktpolitische Instrumente sinnvoll miteinander zu verbinden. Dazu bieten Verwaltungsstellen, Bezirksleitungen und auch der Vorstand der IG Metall vor Ort Hilfe an.

Darüberhinaus steht im Extranet eine umfangreiche und kompakte Handlungshilfe mit dem Arbeitstitel »Weniger Aufträge. Weniger Produktion. Was nun?«. Der Inhalt:

■ Rahmenbedingungen und Ziele: Die IG Metall will erreichen, dass Kündigungen vermieden und die Einkommen gesichert werden.

■ Lage einschätzen: Bevor Maßnahmen ergriffen werden, sollte der Betriebsrat zunächst die wirtschaftliche Lage des Betriebs prüfen und einschätzen.

■ Krise nutzen - Innovations-

potenzial aufzeigen – Alternativen durch Gegenkonzepte: Arbeitsplätze können nicht durch einen Wettbewerb um die niedrigsten Entgelte gesichert werden (siehe Interview rechts).

■ Belegschaft informieren und einbeziehen: Die Arbeitgeber versuchen oft, die Beschäftigten zu verunsichern. Deshalb ist es wichtig, dass die Belegschaft bereits bei der Entwicklung und Durchsetzung eines Plans einbezogen wird.

■ Instrumente zum Umgang mit Arbeitsausfall: Siehe hierzu auch das Stichwort »Kurzarbeit« auf Seite 4. ■

Mehr zum Thema unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Aktive

Infos zum Projekt »Früherkennung und Innovation« gibt's bei:

► Jochen.Schroth@igmetall.de

► Walter.Vogt-VV@igmetall.de

Jetzt die richtigen Fragen stellen

Gute Informationen sollten den Betriebsrat in die Lage versetzen, die folgenden Fragen zu beantworten, die für die weitere Strategiebildung von entscheidender Bedeutung sind.

? Welcher Anteil des drohenden Arbeitsausfalls ist unvermeidbar?

? Inwieweit können mit Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze erhalten werden?

? Welcher Anteil des drohenden Arbeitsausfalls soll kurzfristig, möglichst jedoch langfristig vorbeugend, durch bessere Planung oder organisatorische und beschäftigungspolitische Maßnahmen verhindert werden?

? Welcher Anteil des drohenden Arbeitsausfalls ist als reine Kostensenkungsmaßnahme des Arbeitgebers anzusehen?

? Inwieweit soll Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung als unnötige Belastung der Arbeitnehmer abgelehnt werden?

Die Verwaltungsstellen bieten Unterstützung an, auch bei rechtlichen Möglichkeiten, Informationsrechte durchzusetzen.



Foto: Privat

Jochen Schroth ist Leiter des Ressorts »Arbeit und Innovation« beim IG Metall Vorstand in Frankfurt.

» Die Rolle der Arbeitnehmer im Innovationsprozess wird in vielen Betrieben nur sehr ungenügend berücksichtigt.«

? **direkt:** Viele Unternehmen kämpfen gegen die Finanzkrise. Ist es jetzt ein guter Zeitpunkt, das IG Metall-Projekt »Früherkennung und Innovation« zu starten?

Jochen Schroth: »Einen besseren Zeitpunkt gibt es nicht.«

? **direkt:** Was genau will das Projekt erreichen?

Schroth: »Mit dem Aufbau eigener Argumentationsstärke und Durchsetzungskraft wollen wir Alternativen zu den gängigen »Billiger-Strategien« des Managements aufzeigen und durchsetzen. Es geht um den Aufbau und die Pflege einer betrieblichen Krisenfrüherkennung und die Förderung einer innerbetrieblichen Innovationskultur.«

? **direkt:** Wie steht es überhaupt um die Innovationskraft deutscher Unternehmen? Sind wir Weltmeister?

Schroth: »Nein, im internationalen Vergleich landen wir nur im Mittelfeld. Im Bildungsbereich belegen wir gar einen der letzten Plätze. Unsere größtes Defizit: Die Rolle der Arbeitnehmer im Innovationsprozess wird in vielen Betrieben nur ungenügend berücksichtigt. Manager setzen einseitig auf Kostensenkungsszenarien. Der Faktor Arbeit ist jedoch primär kein Kostenfaktor, sondern Quelle von Wertschöpfung.«

? **direkt:** Wie können Betriebsräte und Vertrauensleute denn überhaupt helfen, dass ihre Firmen auf bessere Strategien statt auf billigere Lösungen setzen?

Schroth: »Indem wir Unternehmensstrategien hinterfragen, Verbesserungsprozesse anstoßen, die Belegschaften an diesem Prozess aktiv beteiligen, innovationspolitische Initiativen mit der Mitgliederfrage verknüpfen und bei Bedarf uns auch nicht scheuen, externes Know-how hinzuzuziehen. Das gilt im Übrigen auch für unsere Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten.«

? **direkt:** Wird das Projekt zum Abschluss eine konkrete Handlungshilfe parat haben?

Schroth: »Klar! Wir wollen einen ganzen Werkzeugkasten entwickeln mit Diagnose-Werkzeugen, Tipps zur Verhandlungsführung mit dem Management, Konzepten für Strategie-Workshops, Musterbetriebsvereinbarungen, betriebspezifischen Beteiligungschecks und darauf abgestimmte Mitgliederwerbestrategien.«

WIRTSCHAFTSPROGNOSEN IMK war am genauesten

Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat die genaueste Konjunkturprognose für 2008 abgegeben. Das hat die Zeitung Financial Times Deutschland ermittelt. IMK-Chef Gustav Horn setzte sich damit gegen 49 andere Wirtschaftsforscher als »Prognostiker des Jahres 2008« durch. Die IMK-Prognose Ende 2007: 1,5 Prozent Wachstum. Im Gegensatz zu anderen hat das IMK mit anhaltend schwachem Konsum und der Finanzkrise gerechnet. ■

EUROPA

Für sozialen Fortschritt

Rund 15 000 Gewerkschafter demonstrierten Mitte Dezember für mehr Arbeitnehmerrechte in Straßburg. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende, Ingrid Sehrbrock, forderte das Europäische Parlament auf, sich bei der Abstimmung über die Arbeitszeitrichtlinie für den sozialen Fortschritt in Europa einzusetzen. ■

Mehr zum Thema unter:

► www.dgb.de

IG Metall und Betriebsrat retten Arbeitsplätze

Kurz vor Weihnachten konnten die Leiharbeiter der Firma Adecco in Köln aufatmen. Ihr Arbeitgeber wollte sie Ende November kündigen. Doch IG Metall und Betriebsrat stellten sich quer. Die Leiharbeiter machen jetzt Kurzarbeit.

Rund 400 Leiharbeiter wollte die Firma Adecco in Köln Ende November vor die Tür setzen. Das konnte die IG Metall verhindern. Gemeinsam mit dem Betriebsrat vereinbarte die IG Metall mit Adecco, einen Antrag auf Kurzarbeit zu stellen. Die Adecco-Beschäftigten sind damit bundesweit die ersten Leiharbeiter, die Kurzarbeitergeld bekommen. Für Witich Roßmann, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Köln, zeigt das Beispiel: »Es gibt Alternativen zu Kündigung und Entlassung.«

256 Leiharbeitnehmer, deren Einsatz bei den Ford-Werken am 31. Dezember endet, bleiben nun auch über diesen Einsatz hinaus bei Adecco beschäftigt. Bei vielen anderen zog Adecco bereits ausgespro-

chene Kündigungen zurück und sprach einige gar nicht erst aus. Außerdem vereinbarten IG Metall und Betriebsrat mit Adecco einen Interessenausgleich und Sozialplan.

Gegenüber vielen anderen Zeitarbeitsfirmen hatten die Beschäftigten bei Adecco einen großen Vorteil: Es gibt dort einen Betriebsrat. »Ohne ihn hätten wir nicht so viel für die Leiharbeiter tun können«, sagt Roßmann. »Außerdem haben sich die Leiharbeitnehmer bei Adecco auch nahezu alle in der IG Metall organisiert.« Im Fall Adecco konnte die IG Metall eine Verlängerung der Entlassungssperre um zwei Monate durchsetzen. »Das zeigt, dass es geht«, sagt Roßmann. »Für viele Leiharbeiter ist das wichtig, denn viele haben sehr kurze Kündigungsfristen.« ■

Material

Leiharbeit

Zeitungsberichte, Hintergründe und eine ausführliche Presseerklärung zur Rettungsaktion der Kölner IG Metall bei der Zeitarbeitsfirma Adecco gibt es im Internet unter:

► gleicharbeit-gleichesgeld.de

Gut gemacht!

Arbeitnehmervertreter und IG Metall geben Schützenhilfe

Grenzüberschreitend unterstützen und Druck machen – das können auch die Betriebsräte von Siemens Enterprise

Dass Solidarität auch über die Grenzen Deutschlands wirken kann, zeigt sich am Beispiel von Siemens Enterprise Communications (SEN) im griechischen Thessaloniki: Mitte September kündigte die dortige Geschäftsleitung den Beschäftigten an, das Werk zu schließen, woraufhin die Belegschaft in einen unbefristeten Streik trat.

Schützenhilfe kam aus Deutschland: Arbeitnehmervertreter und IG Metall forderten den Siemens-Personalvorstand auf, sich für die Rettung des Werks oder aber eine faire und sozialverträgliche Lösung einzusetzen. Das Problem: Durch einen Verkauf hat Siemens die unternehmerische Führung von SEN abgegeben, hielt es aber für klü-

»Siemens Dialog«

Die ganze Story zum Sozialplan bei SEN in Thessaloniki gibt es im Forum der IG Metall für Siemens Beschäftigte unter:

► <http://dialog.igmetall.de>

ger, die Appelle von Betriebsrat und IG Metall zu unterstützen. Die 230 Beschäftigten in Thessaloniki haben jetzt einen Sozialplan mit einem Volumen von 12,3 Millionen Euro durchgesetzt. Ein Erfolg: Denn die erkämpfte Summe liegt beim Vierfachen dessen, was das Gesetz in Griechenland in der Regel vorschreibt. ■

BETRIEBSRAT

Weiterbeschäftigung ist nicht unzumutbar

Arbeitgeber können ein Mitglied des Betriebsrats nicht aufgrund eines Fehlverhaltens außerordentlich kündigen. Eine solche Kündigung würde genau jene Benachteiligung darstellen, die der Gesetzgeber durch §15 KSchG verhindern wollte.

Eine Rehabilitationsklinik hatte eine Betriebsrätin außerordentlich gekündigt. Der Arbeitgeber warf ihr vor, Fehlbuchungen in ihrer Kasse vertuscht zu haben. Zu Unrecht befanden die Richter. Der Arbeitgeber könne nur außerordentlich kündigen, wenn eine Weiterbeschäftigung bis zur ordentlichen Kündigung unzumutbar ist. In diesem Fall also mindestens bis ein Jahr nach Ende des Betriebsratsamts. Wäre dies unzumutbar, würde es Betriebsräte benachteiligen. ■

BAG vom 17. Januar 2008 – 2 AZR 821/06

AUSKUNFTSANSPRUCH

Auch ohne Hinweis auf einen Regelverstoß

Betriebsräte haben einen Auskunftsanspruch gegenüber dem Arbeitgeber, wenn sie überprüfen wollen, ob eine Betriebsvereinbarung eingehalten wurde. Es muss dazu keinen Anhaltspunkt für einen Regelverstoß geben. Ein Pflegedienst hatte in einer Betriebsvereinbarung geregelt, dass der Arbeitgeber nur in Einzelfällen die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung bereits am ersten Krankheitstag verlangen kann. Und auch nur, wenn er es begründen kann. Der Betriebsrat verlangte, ihm die Einzelfälle und die Begründungen mitzuteilen. ■

BAG vom 19. Februar 2008 – 1 ABR 84/06

Mehr Wissen

Weihnachtsgeld

Es gibt keinen gesetzlichen Anspruch auf ein 13. Monatsgehalt. Wer und in welchem Umfang Weihnachtsgeld bekommt, regeln Tarifverträge und Rechtsprechung. Solche jährlichen Sonderzahlungen können aber auch Gegenstand einer Betriebsvereinbarung sein. Die IG Metall hat alle wichtigen Hinweise zu diesem Thema zusammengefasst. Sie erklärt unter anderem, wer berechtigt ist, oder was bei Kürzungen der Sonderzahlung gilt. »Rechtliche Hinweise zum Weihnachtsgeld«

► www.extranet.igmetall.de
→ Service
→ Recht

☞ | direkt 21 | 2008

Anzeige

3. Studienreise für GewerkschafterInnen:
Vietnam
05.-19.04.09

In Kooperation mit der Gewerkschaft Industrie und Handel Vietnams und der Friedrich-Ebert Stiftung. Interessenten wenden sich an:
Walter Weller, Bochumer Str.9
10555 Berlin, walterweller@t-online.de, Tel. 030-7466889

EINKOMMENSERHÖHUNG

Ungleichbehandlung muss Gründe haben

Von Einkommenserhöhungen müssen alle Beschäftigten profitieren. Erhöht ein Arbeitgeber unternehmensweit die Vergütung, darf er einzelne Betriebe nicht ausschließen. Es sei denn, er kann die schlechtere Behandlung sachlich begründen.

Ein Logistik- und Paketdienstleister hatte die Vergütungen seiner Beschäftigten freiwillig um 2,1 Prozent erhöht. Allerdings hatte er in sechs Betrieben einen anderen Satz angewandt. Und an einem Standort bekamen die Beschäftigten gar keine Erhöhung. Der Arbeitgeber begründete das damit, dass hier ohnehin bereits die höchsten Löhne gezahlt würden. Ein Beschäftigter des Standorts klagte gegen diese Ungleichbehandlung und bekam Recht. ■

BAG vom 3. Dezember 2008 – 5 AZR 74/08

MITBESTIMMUNG

Betriebsvereinbarung kann nachwirken

Zahlt ein Arbeitgeber aufgrund einer Betriebsvereinbarung Weihnachtsgeld, kann er die Zahlung auch nach Kündigung der Vereinbarung nicht einfach einstellen.

Eine solche Betriebsvereinbarung wirkt in diesem Fall nach, weil es sich hierbei um Fragen der betrieblichen Lohngestaltung handelt und damit um ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats. In diesem Fall wirkt die Regelung zum Weihnachtsgeld über die Kündigung hinaus nach, bis sie durch eine andere Vereinbarung ersetzt wird. ■

BAG vom 26. August 2008 – 1 AZR 354/07

EINIGUNGSSTELLE

Fragen dürfen nur in Ausnahmen offen bleiben

Eine Einigungsstelle muss einen Rechtsstreit vollständig und abschließend regeln. Sie kann allerdings unter bestimmten Voraussetzungen davon abweichen. Das gilt etwa dann, wenn künftig auftretende Einzelfälle noch eine Würdigung der jeweiligen Umstände verlangen, und die Beachtung der Verhältnismäßigkeit eine Interessensabwägung erfordert.

Die Betriebsparteien können sich zwar in einer freiwilligen Betriebsvereinbarung darauf verständigen, eine ständige Einigungsstelle einzurichten. Allerdings kann eine Einigungsstelle nicht ohne Zustimmung des Betriebsrats die Besetzung einer ständigen Einigungsstelle oder einer künftig für bestimmte Fragen zuständigen Einigungsstelle festlegen. ■

BAG vom 26. August 2008 – 1 ABR 16/07

BETEILIGUNG

Auch wenn keine Zuordnung erfolgt

Eine mitbestimmungspflichtige Umgruppierung nach §99 Abs.1 Satz1 BetrVG liegt auch dann vor, wenn der Arbeitgeber einen Beschäftigten keiner Einkommensgruppe mehr zuordnet.

Ein Arbeitgeber, der sich zuvor an bestimmte Vergütungsgruppen gehalten hatte, beschloss Anfang 2004 Arbeitsverträge individuell auszuhandeln. Er schloss mit drei Beschäftigten Änderungsverträge ab, ohne sie jedoch weiter einer bestimmten Vergütungsgruppe zuzuordnen. Den Betriebsrat hatte er nicht beteiligt. ■

BAG vom 17. Juni 2008 – 1 ABR 37/07

❖ Seminare

4. bis 6. Februar 2009

In dem Seminar »Gute Arbeit – Ansätze und Instrumente moderner Arbeitsgestaltung« lernen Vertrauensleute und Betriebsräte, wie Arbeit gestaltet werden kann und welche Instrumente hierfür nötig sind. Psychische Belastung, gesundheitsverträgliche Arbeitszeitgestaltung und Leiharbeit im Einsatzbetrieb sind die Schwerpunkte des IG Metall-Seminars (Nr. SB05609). Ort: Bildungsstätte Sprockhövel. Freistellung nach Paragraph 37 Abs. 6 BetrVG. ■

Infos und Anmeldung unter:

- www.extranet.igmetall.de
- Service
- Seminare

15. bis 18. März 2009

Das Seminar »Europäische Betriebsräte« richtet sich an Betriebsratsmitglieder aus Unternehmen, die einen Euro-Betriebsrat (EBR) aufbauen wollen. Gesetzliche Grundlagen, Mindestinhalte einer Vereinbarung sowie Aufbau eines EBR sind die Schwerpunkte des IG Metall-Seminars (Nr. SI01209). Ort: Bildungsstätte Sprockhövel. Freistellung nach Paragraph 37 Abs. 6 BetrVG. ■

Anmeldung und Infos unter:

- www.extranet.igmetall.de
- Service
- Seminare

❖ Buch zum Streikrecht

In den meisten europäischen Ländern sind politische Streiks erlaubt. In Deutschland sind sie illegal. Der Europarat hat dies wiederholt als Verstoß gegen die Europäische Sozialcharta gerügt. Dazu hat der IG Bau-Sekretär Veit Wilhelmy ein kritisches Buch mit zahlreichen Dokumenten veröffentlicht. ■
Veit Wilhelmy: »Der politische Streik«. FH-Verlag, Frankfurt, 2008. 148 S., 16 Euro.

Leserbriefe

❖ **direkt 19/2008, Wirtschaftspolitik – »Gegen Finanzkrise und Managerversagen hilft mehr Demokratie und mehr Politik«:**

»Eure Seite zur Wirtschaftspolitik hat mir in jeder Hinsicht sehr gut gefallen. Diese Seite sollte als Plakat in jedem BR-Büro hängen. Übrigens: Die Karikatur auf der letzten Seite passt sehr gut dazu. Vielen Dank!«

Klaus Hannemann, Betriebsrat, Siemens G, Erlangen

❖ **direkt 20/2008, Gute Arbeit »Qualität der Arbeit bleibt auch in der Krise wichtiges Thema«:**

»Arbeits- und Gesundheitsschutz ist mit das wichtigste Thema im Betriebsalltag. Es wird Zeit, dass wir – nachdem wir uns jahrelang mit Era be-

Sagt uns Eure Meinung!

Ob Lob oder Kritik, Themenwünsche oder Anregungen: Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift: Schreibt uns per E-Mail:

► direkt@igmetall.de

schäftigt haben – dieser immer bedeutenderen Thematik zuwenden. Seit 2006 kämpfe ich in unserem Betrieb, um dem Thema mehr Gewicht und Aufmerksamkeit zu verschaffen. Es ist erschreckend zu wissen, dass das Arbeitsschutzgesetz seit 1996 besteht und gleichzeitig zu sehen, wie wenig in vielen Betrieben bisher davon umgesetzt wurde. Wenn die IG Metall hier mehr Druck macht und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz das notwendige Gewicht beimisst, fällt es uns Betriebsräten erheblich leichter, dieses Thema auch im Betrieb stärker zu forcieren.«

Karl-Heinz Schlenker, Betriebsrat, E.G.O. Control Systems GmbH, Balingen

